

E-Verwaltung Grün-Weiß

50 ausgewählte Verwaltungsverfahren sollen in der Steiermark zukünftig über den elektronischen Behördengang verfügbar sein. Anträge für Wohnbauförderung und Sozialhilfe via PC und Internet einzubringen demonstriert Bürgernähe, bringt interne Prozesse auf Vordermann und spart Geld. Monitor im Gespräch mit Herbert Pacnik, Projektleiter in der Stabsstelle E-Government.

Alexandra Riegler

Drei Jahre gibt man sich Zeit, danach soll die Steiermark rundum fit für die Verwaltungszukunft sein. Die Kosten, um 50 selektierte und nach Bürgernutzen gebenchmarkte Behördenverfahren tauglich fürs E-Government zu machen, werden von Seiten der Landesregierung mit rund 2 Mio. Euro beziffert.

Im Gegenzug locken Einsparungspotenziale: Um 1-2 Mio. Euro pro Jahr sollen die Online-Vorgänge rund um Führerschein, Gewerbeschein, Reisepass, Sozialhilfen, Verwaltungsstrafen bis hin zur Wohnbauförderung das Budgets des Landes entlasten. Weitere 500.000 Euro ersparen sich Bürger durch wegfallende Portokosten, hinzukommen etwa 60.000 Stunden, die bis dahin für Wegstrecken zur Behörde aufzuwenden waren.

Erfahrung mit „internetter“ Verwaltung haben die Steirer bereits. Sowohl beim Heizkostenzuschuss als auch bei der Abwicklung der Ferialpraktika setzte man auch bisher schon auf den elektronischen Weg. Das Online-Verfahren für die Sommerjobs des Landes gelang dabei zum Vorzeigeprojekt: „Bei den ausschließlich elektronisch angebotenen Anträgen für Ferialjobs gingen stolze 1.500 ein, allein 70 gleich am ersten Tag“, resümiert Herbert Pacnik, Projektleiter in der Stabsstelle E-Government der Steiermärkischen Landesregierung.

Einsparungen will man beim so genannten E-Government-Masterplan auch durch Kooperationen mit anderen Ländern und Städten außerhalb der Grünen Mark lukrieren. So wurden beispielsweise die Formlarserver gemeinsam mit anderen Ländern angeschafft.

Wider die Papierflut

Insgesamt sieht Pacnik Österreich in einer E-Government-Vorreiterrolle. Inzwischen kämen andere um sich die heimischen

Systeme anzusehen. Bayern etwa interessierte sich für den elektronischen Landtag der Steirer, der seit November letzten Jahres die Papierflut im Landtag eindämmt.

Wurden bisher alle Anträge und Gesetzesvorlagen den Abgeordneten als Kopien zugestellt, machen seit 15. November Notebooks und dazu gehörige USB-Sticks mit der Signatur der jeweiligen Person der Papierflut ein Ende. Hinter der Bezeichnung PALLAST verbirgt sich der europaweit erste Gesetzgebungs-Workflow für Parlamente mit digitaler Signatur, der somit an jedem beliebigen Ort gesetzlich gültige Unterschriften ermöglicht.

„Behördenintern soll die E-Verwaltung eine Verbesserung der Arbeitsabläufe sowie transparentere Prozesse bringen“, fasst Pacnik zusammen und verweist auf „schnellere Durchlaufzeiten und Frequenzsteigerungen ohne zusätzliches Personal“. Weiters will man Zustellmängel aufgrund von Adressfehlern ausmerzen und dem Nachbessern bei Formulareingängen bereits mit Prüfroutinen im elektronischen Dokument vorgreifen.

Katastrophenschutz online

Seit längerem schon wird der Katastrophenschutz des Landes online koordiniert, ein Projekt, für das 2004 der Staatspreis Multimedia vergeben wurde. Behörden erhalten dabei mittels weniger Mausklicks Auskunft über sämtliche Maßnahmen und Ansprechpartner, die für einen bestimmten Notfall vorgesehen sind.

Seit Ende 2005 sind im System auch die Einsatzprotokolle der steirischen Notärzte verfügbar. Diese beinhalten alle Daten, die im Rahmen der Notfallrettung von Arzt und Rettungsdienst dokumentiert und ausgewertet werden. Zwar wird seit mehreren Jahren bereits ein Online-Datenbanksystem zur Erfassung der jährlich rund 20.000 Not-

„Behördenintern soll die E-Verwaltung eine Verbesserung der Arbeitsabläufe sowie transparentere Prozesse bringen.“ -
Herbert Pacnik,
Steiermärkische
Landesregierung



arztsätze verwendet, die Anpassung für den mobilen Einsatz stand jedoch noch aus. Gleichzeitig sollte die Benutzung auch bei Ausfall oder Versorgungslücken des Mobilfunknetzes möglich sein.

Wurden die Informationen in der Vergangenheit nach dem Einsatz entweder über herkömmliche Formulare oder elektronisch mittels Extranet-Zugang erfasst, geschieht dies nun auf Basis von Push-Technologie über BlackBerry-Handsets: Die Daten werden verschlüsselt in die Einsatzdatenbank des Landes Steiermark übertragen und lassen sich dann weiter an die Krankenhäuser übermitteln, noch bevor Notarzt und Patient eintreffen. Die Lösung wurde gemeinsam mit der mobilkom austria und dem Grazer Unternehmen icomedias umgesetzt, letztere waren auch bereits federführend bei der Entwicklung der Katastrophenschutzlösung sowie der Implementierung des elektronischen Landtags beteiligt.

Neuland betreten

Die hohe Komplexität der Projekte lässt die Verwaltungen beim E-Government Neuland betreten. „Es gibt wenige Unternehmen, wo solches Wissen einkaufbar ist, intern ist die Situation noch schwieriger“, spricht Pacnik aus Erfahrung. Die Hard- und Software-Landschaft, weil im Laufe der Zeit organisch gewachsen, geizt nicht mit Herausforderungen.

Kundiges Personal für die Umsetzung des E-Government-Masterplans soll unter anderem eine aktuelle Ausschreibung in Haus bringen, die, auf vier Teile aufgeteilt, jüngst entschieden wurde. Bis 2010 sollen so rund 2 Mio. Euro fließen, danach sind für die Wartung jährlich rund 300.000 Euro veranschlagt. □